

## Protokoll

---

### Sitzung des Rates der Stadt Celle

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Donnerstag, 07.03.2024
<b>Sitzungsbeginn:</b>	17:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	19:00 Uhr
<b>Raum, Ort:</b>	Alte Exerzierhalle, Am Französischen Garten 1, 29221 Celle

---

#### Anwesend

##### Vorsitz

Joachim Falkenhagen

##### Mitglieder

Dr. Jörg Nigge

Karin Abenhausen

Dr. Michael Bischoff

Ralf Blidon

Patrick Brammer

Christian Danner

Klaus Didschies

Joachim Ehlers

Christoph Engelen

Björn Espe

Iris Fiß

Axel Fuchs

Kathrin Fündeling

Matthias Gobrecht

Ulrike Holz

Dr. med. Udo Hörstmann

Katja Hufschmidt-Bergmann

Dr. Walter Jochim

Antoinette Kämpfert

Salhattin Kizilyel

Gerda Kohnert

Viktoria Künstler

Carsten Lapusch

Stephan Ohl

Jürgen Rentsch  
Dr. Jörg Rodenwaldt  
Silke Rohde  
Marianne Schiano  
Juliane Schrader  
Rainer Taubenheim  
Johanna Thomsen  
Anatoli Trenkenschu  
Behiye Uca  
Rezan Uca  
Susanne Völkers  
Bernd Zobel

Verwaltung

Nicole Mrotzek  
Susanne McDowell  
Elena Kuhls  
Katharina Martin  
Sabine Tornow  
Myriam Meißner  
Michael Frede

(Protokollführung)

**Abwesend**

Mitglieder

Anneke Hagedorn	(entschuldigt)
Johannes Opitz	(entschuldigt)
Torsten Schoeps	(entschuldigt)
Susi Schult	(entschuldigt)
Achim Stammwitz	(entschuldigt)
Alexander Wille	(entschuldigt)

**Gäste: ---/---**

**Zuhörer/innen: 19 Personen**

**Presse: 2 Personen**

# Tagesordnung

## Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 3 Feststellung der Tagesordnung des öffentlichen Teils
- 4 Ernennung von Ehrenbeamten der Freiwilligen Feuerwehr Celle BV/0047/24
- 5 Ernennung zum Ehrenortsbrandmeister BV/0035/24
- 6 Einwohnerfragestunde nach § 17 der Geschäftsordnung
- 6.1 Einwohnerfragestunde der öffentlichen Ratssitzung am 07.03.2024 - eingegangene Fragen MV/0063/24
- 7 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 14.12.2023
- 8 Neu- und Umbesetzungen in den Fachausschüssen des Rates der Stadt Celle BV/0050/24
- 9 Besetzung sonstiger Stellen in wirtschaftlichen Unternehmen und Einrichtungen sowie Vereinen und Verbänden, kommunalen Anstalten und Zweckverbänden BV/0036/24
- 10 Bewilligung einer überplanmäßigen Auszahlung gem. § 117 NKomVG für die Ausstattung des neu verpachteten Ratskellers BV/0043/24
- 11 Änderung der Satzung über die Festlegung der Schulbezirke für die Grundschulen in der Stadt Celle BV/0032/24
- 12 Antrag der SPD-Fraktion "Die Stadt Celle folgt der Trierer Erklärung des Deutschen Städtetages" AN/0033/24

13	115. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Celle "Sonderbaufläche Hannoversche Heerstraße Süd" - Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)	BV/0403/23
14	Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 34 "Nahversorgungszentrum Hannoversche Heerstraße Süd" -Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB	BV/0322/23
15	Bebauungsplan Nr. 176 "Kindertagesstätte Hollenkamp" im beschleunigten Verfahren nach §13a BauGB - Satzungsbeschluss gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)	BV/0004/24
16	Bebauungsplan Nr. 180 "Quartier Kortenumstraße" - Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB)	BV/0019/24
17	Mitteilungen der Verwaltung	
17.1	Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen sowie Budgetverschiebungen 2023	MV/0018/24
17.2	Jahresbericht Schuldenmanagement 2023	MV/0023/24

# Protokoll

## Öffentlicher Teil

---

### 1 Eröffnung der Sitzung

Ratsvorsitzender Falkenhagen eröffnet die Sitzung.

---

### 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzender Falkenhagen stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

---

### 3 Feststellung der Tagesordnung des öffentlichen Teils

Die vorstehende Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

---

### 4 Ernennung von Ehrenbeamten der Freiwilligen Feuerwehr Celle

**BV/0047/24**

Der Rat beschließt einstimmig,

1a) Herrn Oberlöschmeister Gunnar Wendt unter Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis für die Zeit vom 01.04.2024 bis 31.03.2030 zum Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Scheuen zu berufen.

1b) Herrn Löschmeister Ole Rösch unter Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis für die Zeit vom 01.04.2024 bis 31.03.2030 zum stellvertretenden Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Scheuen zu berufen.

2a) Herrn Brandmeister Christian Dratius unter erneuter Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis für die Zeit vom 27.03.2024 bis 26.03.2030 zum Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Garßen zu berufen.

2b) Herrn Hauptfeuerwehrmann Henning Rosentreter unter Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis für die Zeit vom 14.04.2024 bis 13.04.2030 zum stellvertretenden Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Garßen zu berufen.

---

### 5 Ernennung zum Ehrenortsbrandmeister

**BV/0035/24**

Der Rat beschließt einstimmig, Herrn Hauptbrandmeister Bernd Müller die Ehrenbezeichnung „Ehrenortsbrandmeister“ zu verleihen.

---

---

## 6 Einwohnerfragestunde nach § 17 der Geschäftsordnung

---

### 6.1 Einwohnerfragestunde der öffentlichen Ratssitzung am 07.03.2024 - eingegangene Fragen

MV/0063/24

**Fragesteller Nr. 1 (nicht anwesend):**

Die Fragen und Antworten zur o. g. Einwohnerfrage sind dem Protokoll als Anlage beigefügt.

**Fragesteller Nr. 2 (nicht anwesend):**

Die Fragen und Antworten zur o. g. Einwohnerfrage sind dem Protokoll als Anlage beigefügt.

**Fragesteller Nr. 3 (nicht anwesend):**

Die Fragen und Antworten zur o. g. Einwohnerfrage sind dem Protokoll als Anlage beigefügt.

---

## 7 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 14.12.2023

Das obengenannte Protokoll wird einstimmig bei drei Enthaltungen genehmigt.

---

## 8 Neu- und Umbesetzungen in den Fachausschüssen des Rates der Stadt Celle

BV/0050/24

Die im Sachverhalt der o. g. Vorlage aufgeführten Um-/Neubesetzungen in den Ausschüssen stellt der Rat gemäß § 71 Abs. 5 NKomVG einstimmig durch Beschluss fest.

---

## 9 Besetzung sonstiger Stellen in wirtschaftlichen Unternehmen und Einrichtungen sowie Vereinen und Verbänden, kommunalen An- stalten und Zweckverbänden

BV/0036/24

Die im Sachverhalt der o. g. Vorlage dargestellten personellen Nachbesetzungen und Änderungen werden vom Rat der Stadt Celle einstimmig durch Beschluss festgestellt.

---

## 10 Bewilligung einer überplanmäßigen Auszahlung gem. § 117 NKomVG für die Ausstattung des neu verpachteten Ratskellers

BV/0043/24

Der Rat beschließt einstimmig gem. § 117 NKomVG die überplanmäßige Auszahlung für das Produktkonto „Betriebe gewerblicher Art (BGA) - verpachtete Gaststätten; Erwerb bewegliches Vermögen, Einrichtung“ (573400.7831152) in Höhe von 140.000 € für die Beschaffung von Einrichtungsgegenständen und einer Küche mit entsprechenden Küchengeräten.

---

**11 Änderung der Satzung über die Festlegung der Schulbezirke für die Grundschulen in der Stadt Celle**

**BV/0032/24**

Die der o. g. Vorlage beigefügten Anlagen „Schulbezirk Bruchhagen“ und „Schulbezirk Nadelberg“ werden durch die beigefügte Anlage 1 „Schulbezirk Westercelle“ ersetzt. Die so geänderte Satzung über die Festlegung der Schulbezirke für die Grundschulen in der Stadt Celle wird einstimmig beschlossen.

---

**12 Antrag der SPD-Fraktion "Die Stadt Celle folgt der Trierer Erklärung des Deutschen Städtetages"**

**AN/0033/24**

Beigeordneter Brammer hofft heute auf eine breite Mehrheit für die in Rede stehende Erklärung, in der zum Ausdruck gebracht wird, dass es in dieser Stadt keinen Platz für Rechtsextremismus geben dürfe. Er gehe davon aus, dass es dazu heute aus dem Rat auch kritische Anmerkungen geben werde. Er werfe bestimmten Ratsmitgliedern nicht vor, dass sie Rechtsextremisten oder Faschisten sind, sondern dass sie einer Organisation angehören, die solchen Menschen eine Plattform bzw. eine politische Infrastruktur bieten. Dies möchte er anhand einiger beispielhafter Zitate wie folgt belegen:

- Zitat: „Dem Flüchtling ist es doch egal, an welcher Grenze, an der griechischen oder an der deutschen, er stirbt.“ (Günter Lehnhardt, AfD).
- Zitat: „Wenn Du Direktkandidat bist, solltest Du solche Sätze wie „gehören an die Wand gestellt“, besser vermeiden. Es schadet ungemein, wenn die Presse so etwas ausschachtet. Deshalb sollten wir gerade jetzt genau überlegen, wie wir Dinge formulieren.“ (Daniel Roi, AfD).
- Zitat: „Wenn jemand kommt, und den ganz großen Knüppel rausholt und das damit schafft, innerhalb von zwei Tagen zu beenden, bin ich sofort dabei und solange tue ich, was ich kann.“ (Beatrix von Storch, AfD).
- Zitat: „Von der NPD unterscheiden wir uns vornehmlich durch unser bürgerliches Unterstützungsumfeld, nicht zu sehr durch Inhalte.“ (Dubravko Mandic, AfD).
- Zitat: „Wir Deutschen, also unser Volk, sind das einzige Volk der Welt, das sich ein Denkmal der Schande in das Herz unserer Hauptstadt gepflanzt hat.“ (Björn Höcke, AfD).
- Zitat: „Das große Problem ist, dass Hitler als das absolut Böse dargestellt wird. Aber wir alle wissen natürlich, dass es in der Geschichte kein Schwarz und kein Weiß gibt.“ (Björn Höcke, AfD).
- Zitat: „Unsere deutsche Volksgemeinschaft ist krank, sie leidet an Altparteien, Diarrhö, Gutmenscheritis, links-grün-versifften Achtundsechzigern und durch Merkel versiffte, aufgelöste Außenhaut. Unser Deutschland leidet unter einem Befall von Schmarotzern und Parasiten, welche dem deutschen Volk das Fleisch von den Knochen fressen will.“ (Thomas Göbel).
- Zitat: „Immerhin haben wir jetzt so viele Ausländer im Land, dass sich ein Holocaust mal wieder lohnen würde.“ (Marcel Grauf, AfD).
- Zitat: „Ich würde niemanden verurteilen, der ein bewohntes Asylantenheim anzündet. Ich würde mir so sehr einen Bürgerkrieg von Millionen Toten - Frauen, Kindern, mir

egal - wünschen, Hauptsache es geht los. Insbesondere würde ich laut lachen, wenn so etwas auf der Gegendemo passieren würde. Tote, Verkrüppelte, es wäre so schön. Ich will auf Leichen pissen und auf Gräbern tanzen. Sieg Heil!“ (Marcel Grauf, AfD).

- Zitat: „Die Merkelnutte lässt jeden rein, sie schafft das. Dumm nur, dass es unser Volkskörper ist, der hier gewaltsam penetriert wird.“ (Peter Boehringer, AfD).

Beigeordneter Brammer betont, dass dies Zitate von Menschen sind, die einer Organisation angehören, zu der auch andere Personen gehören, die man kennt. Bei diesen Aussagen sehe man eine Art von Entmenschlichung und man müsse solch eine Sprache heutzutage leider ertragen. Aus diesen Gründen sei diese Trierer Erklärung auch so wichtig. Hier sei das Zitat von Marcel Reif „Sei ein Mensch“ (kürzlich im Bundestag anlässlich der Erinnerung an die Befreiung des NS-Vernichtungslagers Auschwitz vor 79 Jahren und an die Millionen Opfer des Holocausts genannt worden) sehr wichtig, denn in diesem Geiste sei die in Rede stehende Erklärung verfasst worden. Sicherlich habe der Deutsche Städtetag, dem auch die Stadt Celle angehört, schon diese Resolution verabschiedet. Aber andere Städte wie z. B. Lüneburg und Uelzen hätten nochmal explizit diese Erklärung verabschiedet; diesem Beispiel sollte der Rat heute folgen.

Beigeordnete Kämpfert führt aus, dass in dieser Stadt Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammenleben würden, ob als Nachbarn, Kollegen, Freunde oder als Familien. Das sei die Lebensrealität und das mache diese Stadt aus. Folglich gehören solche Städte diesen Menschen und niemand dürfe Angst haben, vertrieben zu werden. Man dürfe es nicht hinnehmen, dass rechtsextreme Kräfte hier ein Klima der Verunsicherung, der Angst und des Hasses schüren. Die AfD verachte das solidarische Miteinander, die Grundrechte, die Freiheit und die demokratische Republik. Auch wenn CDU-Mitglieder an dem in Rede stehenden Treffen in Potsdam teilgenommen hätten, bedeute das nicht, dass diese Partei rassistisch veranlagt ist. Anders verhalte es sich bei der AfD, die nachweislich rassistisch sei.

Beigeordnete Uca weist auf eine Aussage des CDU-Politikers Friedrich Merz hin; danach gebe es eine Brandmauer zur AfD und dies gelte auch für die kommunale Ebene. Sie frage sich jedoch, ob dies auch für den Celler Rat gilt, denn der letzte Haushalt sei mit den Stimmen der AfD verabschiedet worden. Auch die Gebühr für die Toilettenanlagen sei nur mit den Stimmen der AfD realisierbar gewesen. Ratsvorsitzender Falkenhagen habe dieses Ergebnis seinerzeit wie folgt kommentiert: „Da sieht man mal, was wahre Blockbildung ist.“ Oft werde auch argumentiert, dass man ja nichts dafür könne, wenn die AfD für ein Vorhaben stimme. Sie betont, dass man sich dann in anderen Lagern um Mehrheiten bemühen müsse, um auf die AfD nicht angewiesen zu sein. Diesbezüglich habe sie jedoch wenig Hoffnung. Weiterhin verweist sie auf Aussagen des Oberbürgermeisters beim letzten Schützenfest; danach würde man lauten Minderheiten viel zu viel zu Raum geben bzw. diese Gruppen wollen der Gesellschaft ihre Lebensweise aufdrücken. Dies betreffe z. B. die Anzahl der Urlaubsflüge oder die Menge des Fleischkonsums. Beigeordnete Uca hebt hervor, dass die vielen Demonstrationen eine Mahnung an alle seien, der AfD keine Chance zu geben, in Deutschland ihre lebensfeindlichen Pläne umzusetzen. Dieses Land sei vielfältig und gerade deshalb lebenswert. Dazu würden auch Ausländer und Menschen mit Migrationshintergrund gehören. Als kürzlich in der Presse darüber berichtet wurde, wie man denn Ausländer loswerden könne, habe sie ihr Sohn, der hier geboren ist, gefragt, ob sie jetzt auch abgeschoben werden. Sie könne nur festhalten, dass es menschenunwürdig sei, was von der AfD kommt.

Ratsherr Trenkenschu erklärt, dass Beigeordneter Brammer erstmal die Daten überprüfen sollte, bevor er Fake News verbreitet. Beispielsweise sei lt. Medienhaus Korrektiv (korrektiv.org) das Zitat von Herrn Dubravko Mandic nie gefallen. Wer Fake News verbreitet, der verursache Gewalt, was keiner wolle. Hier im Rat habe die AfD-Fraktion kein einziges Mal einen Anlass gegeben, so von den anderen Fraktionen behandelt zu werden. Der heutige Antrag der SPD-Fraktion sei überflüssig und populistisch. Vielmehr wolle der Antragsteller



von den wahren Problemen in diesem Land ablenken (z. B. horrende Preise für Lebensmittel, Energie und Wohnraum). Die immer mehr zunehmende Altersarmut sei erschreckend und erinnere ihn an die letzten Jahre der Sowjetunion kurz vor dem Zusammenbruch. Obwohl es in Deutschland einen Fachkräftemangel gebe, seien rd. drei Mio. Arbeitslose zu verzeichnen; das zeige deutlich, dass sich Arbeit nicht mehr lohnt. Die Industrie verlasse den Standort Deutschland, weil die Rahmenbedingungen nicht mehr stimmen. Ebenso sinke das Bildungsniveau, hierfür sei die rot-grüne Regierung verantwortlich. Die Bundeswehr werde kaputtgespart, so dass die Landesverteidigung nicht mehr sichergestellt sei. In den letzten 26 Jahren sei die SPD rd. 22 Jahre in der Regierungsverantwortung gewesen. Dies zeige, dass sie durch permanent falsches Handeln für diese Misere verantwortlich ist. Anstatt für diese großen Probleme Lösungen zu finden, werde lieber die AfD als Oppositionspartei bekämpft. Dies erinnere ihn an Putin oder Nordkorea und empfinde er als unfassbar. Weiterhin handele es sich bei dem Potsdamer Treffen um eine rein private Zusammenkunft, an der ca. 30 Personen teilgenommen hätten; davon vier Personen von der AfD und fünf von der CDU. Bezgl. dieses Treffens seien diverse Falschaussagen platziert worden; u. a. sei im Bericht von Korrektiv das Wort „Deportation“ erwähnt worden; dabei sei dieses Wort nie gefallen und dies sei gerichtlich festgestellt worden. Somit würden wieder reine Fake News verbreitet mit dem Ziel, den Ruf der AfD zu zerstören. Bezgl. des Medienhauses Korrektiv merkt er an, dass diese Einrichtung im Jahr 2023 u. a. mit rd. 600.000 Euro Steuergeldern unterstützt worden sei. Da könne man nicht von neutralem Journalismus sprechen, sondern sie würden wohl eher im Auftrag der Regierung handeln. Der heutige Antrag der SPD richte sich ausschließlich gegen die Opposition und dies sei kein Zeichen von Demokratie. Die AfD-Fraktion lehne diesen Antrag ab.

Ratsherr Zobel dankt der SPD-Fraktion für die Einbringung dieses Antrags, denn die Ausführungen seines Vorredners hätten klar aufgezeigt, dass dies dringend nötig ist. Die AfD habe sich in der Opferrolle platziert und sich nicht mit dem Kern der Trierer Erklärung auseinandergesetzt. Im ersten Absatz stehe: „Wir nehmen es nicht hin, dass rechtsextreme Kräfte eine Atmosphäre der Verunsicherung, der Angst und des Hasses in unserem Land und in unseren Städten schüren“. Diese Atmosphäre sei die aktuelle Realität und Ratsherr Trenkenschu sei hierauf mit keinem Wort eingegangen. In Ostdeutschland komme es vermehrt vor, dass Mitglieder der Grünen bedroht werden, wenn sie Info-Stände machen, so dass Ängste bestünden, auf die Straße zu gehen und die eigene Meinung kund zu tun. Dieses Klima der Angst greife die Trierer Erklärung auf. Durch die Ergebnisse des in Rede stehenden Potsdamer Gespräches sei sichtbar geworden, dass in diesem Land Deportations- und Abschiebephantasien bestehen. Dafür stehe u. a. auch der AfD-Politiker Höcke, den man gemäß richterlicher Feststellung als Faschist bezeichnen dürfe. In einem Buch des genannten AfD-Politikers seien diverse Aussagen enthalten, die solche Ängste schüren:

- Zitat: „Ziel der Remigration sei es, nach der erhofften Wendephase kulturfremde Menschen zu deportieren.“
- Zitat: „Vor allem eine neue politische Führung wird dann schwere moralische Spannungen auszuhalten haben. Sie ist den Interessen der autonomen Bevölkerung verpflichtet und muss aller Voraussicht nach Maßnahmen ergreifen, die ihrem eigentlichen moralischen Empfinden zuwiderlaufen.“ ..... „Man werde, so fürchte ich, nicht um eine Politik der wohltemperierten Grausamkeit herumkommen.“
- Zitat: „Auch wenn wir leider einige Volksteile verlieren werden, die zu schwach oder nicht willens sind, sich der fortschreitenden Afrikanisierung, Orientalisierung und Islamisierung zu widersetzen.“

Ratsherr Zobel betont, dass diese Worte verheerende Wirkung hätten. Hier müsse man sich Artikel 1 des Grundgesetzes in Erinnerung rufen „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Diese Denke und Haltung des Herrn Höcke sei nach wie vor präsent, das zeige eine Aussage des Genannten am 12. Dezember 2023 in Gera („Wir werden auch ohne Probleme mit 20 bis 30% weniger Menschen in Deutschland leben können“). Dies mache einen sprachlos und gegen solch eine menschenverachtende Politik wende sich die Trierer Erklärung. Die AfD sei

eine Gefahr für die gesamte Gesellschaft, und deren Ansichten hätten für die hiesige Wirtschaft verheerende Folgen. Auch die Kirche habe signalisiert, dass völkischer Nationalismus und Christentum unvereinbar seien. Seine Fraktion sehe mit großer Sorge, dass sich radikales Denken verstärkt und zu Hass auf Mitmenschen führt, vor allem aufgrund ihrer Religion, Herkunft oder Hautfarbe, wegen des Geschlechts oder ihrer sexuellen Identität. Man müsse sich durch diese Trierer Erklärung zur Demokratie bekennen und er bittet um breite Zustimmung.

Beigeordneter Dr. Bischoff führt aus, dass er sich nicht vorstellen konnte, dass in einer Villa am Wannsee nochmal darüber nachgedacht wird, Menschen zu deportieren, abzuschleppen oder zu verschleppen. Er dachte eigentlich, dass dieses dunkle Kapitel der deutschen Geschichte abgeschlossen sei. Bezüglich des Extremismus müsse man auch darauf hinweisen, dass es in diesem Lande nicht nur den Rechtsextremismus gebe, sondern auch einen realen Linksextremismus. Als wehrhafte Demokratie dürfe man vor allen Formen des Extremismus nicht die Augen verschließen; dazu gehöre auch der religiös geprägte Fanatismus. Beispielsweise würden fundamentale Islamisten die hiesige Art des Lebens ablehnen und einen nicht unerheblichen Anteil an Antisemitismus beherbergen. Solche Tendenzen müsse eine wehrhafte Demokratie abwehren. Die Demokratie müsse man schätzen, denn sie biete viele Freiheiten; sie habe aber auch viele Feinde. Dies zeige eindrucksvoll der aktuelle Konflikt zwischen der Ukraine und Russland. Weiterhin zeigt Beigeordneter Dr. Bischoff Unverständnis, warum Beigeordnete Uca heute den Oberbürgermeister und den Ratsvorsitzenden im Kontext dieser Resolution namentlich benannt hat, denn sie komme ja aus dem Ortsteil Neuenhäusen und da sollte ihr bekannt sein, mit welchen Stimmen seinerzeit der aktuelle Ortsbürgermeister gewählt worden ist. Die CDU-Fraktion werde der Trierer Erklärung zustimmen.

Ratsfrau Rohde trägt vor, dass die Äußerungen des Ratsherrn Zobel, dass es angeblich in Ordnung sei, Herrn Höcke als Faschisten zu bezeichnen, nicht korrekt seien, denn das Landgericht Hamburg habe entschieden, dass Herr Höcke eben nicht als Faschist bezeichnet werden dürfe. Das sei Fakt und deshalb sollte sich Ratsherr Zobel vorher besser informieren, bevor er solche Aussagen trifft. Weiterhin weist sie darauf hin, dass ihre Partei viele Mitglieder mit Migrationshintergrund habe. Da frage sie den Rat, ob diese dann auch als Nazis bezeichnet werden sollen. Sie lehne das ab, denn ihre Parteikollegen seien Menschen, die etwas von Demokratie verstünden. Bezüglich des Wortes „Deportation“ merkt sie an, dass dies seinerzeit von Korrektiv frei erfunden worden sei; der richtige Begriff sei „Remigration“ gewesen und dies sei später entsprechend richtiggestellt worden. Auch hier sollten sich gewisse Akteure vorher besser informieren, bevor sie solche Worte verwenden. Im Lichte all dieser Aussagen und Behauptungen betrachte sie die Trierer Erklärung als unwahr. Alle Protagonisten seien für Demokratie, doch viele würden schnurstracks ihren Parteivorsitzenden in der Bundesregierung hinterherlaufen, wenn diese vorgeben, wie etwas zu machen ist.

Ratsherr Dr. Hörstmann erklärt, dass das Treffen am Wannsee in Berlin eine Katastrophe sei. Ob nun die Worte Deportation oder Remigration verwendet werden, das sei reine Haarspalterei, denn beide Begriffe seien faktisch das Gleiche. Ebenso sei es bedenklich, die vorgebrachten Zitate des Beigeordneten Brammer als Fake News zu bezeichnen, denn zum einen sei es schwer zu widerlegen und zum anderen ist es inhaltlich i. d. R. so gesagt worden. Den Grünen im Rat gestehe er zu, dass sie oftmals gute Ideen einbringen würden, aber andererseits würden sie solchen Leuten wie Herrn Höcke leider allzu oft die Plattform liefern, auf die er dann laufen kann. Bezüglich des Vorwurfs von Ratsfrau Uca, im Rat würde es zu Beschlüssen mit den Stimmen der AfD kommen, merkt er an, dass er damit kein Problem habe, wenn es zum Wohle der Stadt geschieht. Er werfe den Linken ja auch nicht vor, dass sie einem Vorschlag der SPD unterstützen, solange das Wohle der Stadt im Vordergrund steht. Aufgrund der heutigen Diskussion müsse man kritisch hinterfragen, warum es dazu kommt. Hier sei es grds. besser, zunächst das Gespräch mit den AfD-Akteuren zu suchen. Jeglichen Austausch abzulehnen, sei nicht der richtige Weg. Sicherlich sei dies mit Leuten wie Herrn Höcke nicht möglich, aber mit den drei AfD-Ratsmitgliedern seien sachliche Dis-

kussionen durchaus machbar; zumindest sei es ein Versuch wert. Ob die drei Genannten dann das einzig Richtige machen, nämlich diese Partei zu verlassen, lasse er dahingestellt.

Ratsherr Rentsch weist darauf hin, dass die AfD größtenteils als gesichert rechtsextrem gelte; dies wollen die AfD-Mitglieder aber nicht hören. Bezüglich der Ausführungen des Ratscherrn Trenkenschu merkt er an, dass diese albern seien und nur dazu dienen sollen, von deren eigentlichen Problemen abzulenken. In der Schule würde es bei einem Aufsatz heißen „Thema verfehlt! Setzen, sechs!“. Der Redebeitrag von Ratsfrau Rohde sei einfach nur lächerlich gewesen. Er bedankt sich bei allen anderen Vorrednern, das sei eindeutig und überzeugend gewesen. Dann trägt er noch folgende Zitate vor:

- Zitat: „Immerhin haben wir jetzt so viele Ausländer im Land, dass sich ein Holocaust mal wieder lohnen würde“. (Marcel Grauf, AfD).
- Zitat: „Das Pack erschießen oder zurück nach Afrika prügeln“. (Dieter Görnert, AfD).
- Zitat: „Brennende Flüchtlingsheime sind kein Akt der Aggression.“ (Sandro Hersel, AfD).
- Zitat: "Ich würde niemanden verurteilen, der ein bewohntes Asylantenheim anzündet.“ (Marcel Grauf, AfD).

Ratsherr Rentsch gibt an, dass er bei solchen Aussagen das Kotzen kriege.

Beigeordneter Ohl berichtet, dass Ratsherr Trenkenschu heute die Chance hatte, sich von Menschen zu distanzieren, die ausgrenzen und Hass säen. Vielmehr wolle er den anderen Rednern unterstellen, Fake News zu verbreiten und er habe versucht, ihnen aufzuzeigen, dass sie auf dem Holzweg sind. Er habe es heute versäumt, über seinen Schatten zu springen und sich von Leuten wie Herrn Höcke zu distanzieren. Das sei sehr schade. Weiterhin müsse er dann auch damit leben, dass er in einem Atemzug mit diesen Menschen genannt wird. Aber ggf. komme ja bei ihm noch die Einsicht und er ergreife die Möglichkeit z. B. in Form einer persönlichen Erklärung am Ende der Aussprache, um sich von diesem Hass und dieser Hetze zu distanzieren. Kürzlich hätten in der Innenstadt rd. 4500 Personen im Sinne dieser Trierer Erklärung demonstriert. Dies sei ein gutes Zeichen gewesen und er habe es begrüßt, dass auch viele Ratsmitglieder dabei gewesen sind. Im Sinne dieser Menschen, die sich gegen Hass und Hetze gewendet haben, sollte man heute diese Trierer Erklärung ernst nehmen und sie beschließen. Den Hinweis des Ratsherrn Dr. Hörstmann, mit den AfD-Mitgliedern zu reden, nehme er gerne auf, aber er würde sich erst mit ihnen austauschen, wenn sie sich von den genannten Positionen und Themen verabschieden, die sie heute noch verteidigt haben.

Ratsherr Kizilyel führt aus, dass er viele Dinge auf politischer Ebene nicht gut finde. Einiges in diesem Land sei verbesserungsfähig und die Mängelliste der letzten Jahre sei lang. Er habe das Ziel, etwas zu verändern und mitzugestalten. Bei der Frage, in welcher Partei dies am besten gehe, habe er sich seinerzeit für diejenige entschieden, bei der es die meisten Schnittstellen gibt. Sollten sich jedoch Teile der Partei radikalisieren und dieser Teil nicht mehr für die demokratischen Grundwerte eintreten, dann würde er dieser Partei nicht um jeden Preis folgen. Er persönlich schätze die Vielfalt dieser Stadt, für die es sich lohnt, auf die Straße zu gehen und eindeutig Flagge zu zeigen.

Beigeordnete Aabenhausen weist darauf hin, dass sie es als Journalistin mit den Fakten durchaus sehr genau nehme. Demzufolge müsse sie Ratsfrau Rohde bezgl. der Aussage, das Landgericht Hamburg habe entschieden, dass Herr Höcke nicht als Faschist bezeichnet werden dürfe, widersprechen, denn das Verfahren gegen die Beklagte, die Höcke einen Faschisten nannte, sei seinerzeit am besagten Landgericht eingestellt worden. Zudem habe das Verwaltungsgericht Meiningen festgestellt, dass Herr Höcke bei einer Demonstration in Eisenach als Faschist bezeichnet werden durfte.

Ratsherr Espe nimmt Stellung zur Aussage von Ratsfrau Rohde, es würden viele nur der Meinung ihrer Parteiobrigkeiten folgen. Er erklärt, dass er seinerzeit bei einer Mitgliederbefragung innerhalb der FDP für das Ampel-Aus auf Bundesebene gestimmt habe. Damit sei die These von Ratsfrau Rohde hinreichend widerlegt. Leider seien heute einige Redebeiträge gefallen, die dieser wichtigen Sache nicht gerecht werden. Die FDP-Fraktion werde der Trierer Erklärung heute zustimmen.

Danach stellt der Ratsvorsitzende den Antrag der SPD-Fraktion, der Rat der Stadt Celle möge sich in vollem Umfang der „Trierer Erklärung“ des Deutschen Städtetages vom 18.01.2024 anschließen, zur Abstimmung. Diesem Vorschlag wird mehrheitlich bei drei Gegenstimmen entsprochen.

---

### **13 115. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Celle**

#### **"Sonderbaufläche Hannoversche Heerstraße Süd"**

**BV/0403/23**

#### **- Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)**

Ratsherr Fuchs trägt vor, dass dieses Vorhaben begrüßt wird, weil das in Rede stehende Einkaufszentrum in die Jahre gekommen sei. Man werde dieses Vorhaben weiter positiv begleiten, denn es entspreche den Zielsetzungen im Einzelhandels- und Zentrenkonzept für diesen Standort. Die CDU-Fraktion werde hier zustimmen.

Ratsherr Blidon berichtet, dass es begrüßenswert sei, wenn im Ortsteil Westercelle ein neuer moderner Nahversorger entsteht. Baurechtliche Vorgaben seien selbstverständlich einzuhalten. Der im Fachausschuss vorgestellte Schulweg lasse ihn ein wenig zweifeln, denn Schulkinder würden sich ihren eigenen Weg suchen. Deshalb müsse man hier ein ganz besonderes Augenmerk draufhaben, um einen sicheren Schulweg zu ermöglichen.

Ratsherr Rentsch betont, dass es begrüßt werde, wenn so ein modernes Vorhaben entwickelt wird. Bezüglich des Schulweges stellt er klar, dass nicht der Investor, sondern die Verwaltung Schulwege plane.

Beigeordnete Abenhausen erklärt, dass der Investor im Fachausschuss einen Schulweg vorgestellt hat, der über den Parkplatz führen soll. Dies sei ein Alptraum für alle Eltern, wenn Kinder zwischen Autos laufen müssen. Hier müsse man eine bessere Lösung finden, ansonsten könne man diesem Vorhaben nicht zustimmen.

Stadträtin McDowell stellt klar, dass in keiner Weise mit dem Investor über solch einen Schulweg gesprochen worden sei. Im Aufstellungsbeschluss sei dies auch in keiner Weise vorhanden, dies wäre unverantwortlich. Über den in Rede stehenden Parkplatz werde kein Schulweg führen und man sollte sich auf die anderen Optionen konzentrieren.

Beigeordnete Fündeling zeigt sich verärgert, dass dieses Thema so aufgebauscht werde. Der Ortsrat habe sich intensiv mit der Thematik befasst und dieser Aufruhr sei völlig unnötig. Es sei nicht zu erwarten, dass viele Kinder den Weg über den Parkplatz nehmen werden.

Beigeordneter Ohl hebt hervor, dass in den Verwaltungsunterlagen sehr wohl der in Rede stehende Schulweg eingezeichnet sei. Er bittet die Verwaltung, zukünftig bessere Unterlagen zur Verfügung zu stellen und keine Vorwürfe an den Rat zu richten.

Danach beschließt der Rat einstimmig wie folgt:

Die Einleitung des Verfahrens zur 115. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Celle "Sonderbaufläche Hannoversche Heerstraße Süd" wird gemäß § 2 Abs. 1 BauGB beschlossen.

---

**14 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 34 "Nahversorgungszentrum Hannoversche Heerstraße Süd"**  
**-Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB**

**BV/0322/23**

Der Rat beschließt einstimmig wie folgt:

Auf Antrag gemäß § 12 BauGB durch den Vorhabenträger „EDEKA-MIHA-Immobilienervice GmbH“ wird die Einleitung des Verfahrens zur Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 34 der Stadt Celle „Nahversorgungszentrum Hannoversche Heerstraße Süd“ beschlossen (§ 2 Abs. 1 BauGB).

---

**15 Bebauungsplan Nr. 176 "Kindertagesstätte Hollenkamp" im beschleunigten Verfahren nach §13a BauGB - Satzungsbeschluss gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)**

**BV/0004/24**

Ratsherr Rentsch berichtet, dass hier eine neue Kita entstehen soll. Dadurch werden die Bedarfe für Kinder aus Boye und Klein Hehlen und ggf. anderen Ortsteilen abgedeckt. Hervorzuheben seien auch die Festsetzungen für umfangreiche Bepflanzungen und Begrünungen. Die SPD-Fraktion werde hier zustimmen.

Danach entscheidet der Rat einstimmig wie folgt:

1. Über die vorgebrachten Anregungen zum Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 176 der Stadt Celle „Kindertagesstätte Hollenkamp“ sowie der zugehörigen Begründung wird entsprechend der in Anlage 1 zu dieser Vorlage enthaltenen Abwägungsvorschläge beschlossen.
2. Der Bebauungsplan Nr. 176 der Stadt Celle „Kindertagesstätte Hollenkamp“ wird gem. § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen. Der dazugehörigen Begründung wird zugestimmt.

---

**16 Bebauungsplan Nr. 180 "Quartier Kortenumstraße" - Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB)**

**BV/0019/24**

Beigeordnete Aabenhausen führt aus, dass in Celle bezahlbarer Wohnraum sehr rar sei; hier liege die Stadt schon lange im Rückstand. Deshalb habe ihre Fraktion seinerzeit eine 30%-Quote bei allen neuen Vorhaben gefordert, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, doch dies sei bisher abgelehnt worden. Vielmehr sei nur hochpreisiger Wohnraum realisiert worden. Das neue Vorhaben des privaten Investors werde begrüßt, da es genau die vorgenannte 30%-Quote vorsieht. Bei diesem Projekt sei auch nicht mit roten Zahlen zu rechnen, so dass die politischen Lenkungsmittel augenscheinlich greifen. Man müsse jedoch aufpassen, dass sich solche Ortsteile wie Neustadt/Heese nicht zu sozialen Brennpunkten entwickeln. Vielmehr müsse der soziale Wohnungsbau über das gesamte Stadtgebiet geplant werden. Dies trage zum innerstädtischen Frieden bei. Eine Ghettoisierung schaffe Probleme für die gesamte Stadtgesellschaft.

Ratsherr Rentsch hebt hervor, dass man erst am Anfang des Verfahrens sei, da sei noch keine detaillierte Planung vorhanden. Der soziale Wohnungsbau sei ein wichtiger Baustein und solche Wohnungen werden dringend gebraucht, deshalb wäre es gut, wenn man dieses Vorhaben zügig umsetzt. Die in der Vergangenheit geforderte Anzahl an Sozialwohnungen habe man nicht erreicht, hier müsse man eindeutig besser werden. Die Problempunkte (Tangente, Bahnlinie) habe man erkannt; hier müssen effektive Lärmpuffer geschaffen werden. Weiterhin gehe er davon aus, dass in diesem Quartier keine Ghettoisierung entstehen wird. Die SPD-Fraktion werde dem Aufstellungsbeschluss zustimmen.

Ratsherr Fuchs weist darauf, dass er in der letzten Sitzung des zuständigen Fachausschusses über einige Aussagen sehr irritiert gewesen sei. Im Bereich Heese gebe es kaum noch Sozialwohnungen, denn bei ihnen sei die Bindung längst ausgelaufen. Dieses neue Vorhaben werde dieses Quartier aufwerten. Man sollte froh sein, wenn ein privater Investor Geld in die Hand nimmt, um ca. 40 neue Sozialwohnungen zu schaffen, denn die aktuellen Rahmenbedingungen würden keine exorbitante Rendite gewährleisten. Bezüglich einer drohenden Ghettoisierung führt er aus, dass die allerland Immobilien GmbH in der Wittinger Straße ca. 90 Wohneinheiten geschaffen habe, von denen 38 öffentlich gefördert wurden. Seit der Fertigstellung sei keine Ghettobildung festzustellen, vielmehr habe sich ein Wohnquartier entwickelt, in dem es sich sehr gut leben lässt. Die CDU-Fraktion werde dem Aufstellungsbeschluss zustimmen.

Beigeordneter Ohl zeigt sich verwundert, dass die CDU-Fraktion im Nov. 2023 einen Antrag zum sozialen Wohnungsbau eingebracht hat und die Verwaltung jetzt schon mit Planungen dazu aufwartet. Das ließe die Vermutung zu, dass der Verwaltung der Antrag im Vorfeld bekannt gewesen sei oder sie schon eine Vorahnung gehabt habe. Dabei müsse er feststellen, dass der CDU-Antrag noch gar nicht in den politischen Beratern beraten worden ist, d. h. die Verwaltung habe ohne politisches Mandat gehandelt. Weiterhin betont er, dass die von der CDU geforderte Anzahl von 100 neuen Sozialwohnungen viel zu wenig sei. Man werde deshalb mindestens 200 Einheiten fordern; alles andere wäre am Bedarf vorbeigeplant. Der Begriff Ghettoisierung werde hier nicht missbräuchlich verwendet, sondern seine Fraktion warne lediglich davor, nicht solche Problemfelder zu schaffen und bei der weiteren Stadtentwicklung auf diesen Aspekt zu achten. Ob sich dieses Areal für ein Wohnprojekt eignet, müsse man abwarten, denn die verkehrlichen Rahmenbedingungen seien nicht optimal. Heute werde man dem Aufstellungsbeschluss zustimmen, doch man werde diesen Prozess kritisch begleiten.

Danach entscheidet der Rat einstimmig wie folgt:

Die Einleitung des Verfahrens zur Aufstellung des Bebauungsplans Nr.180 der Stadt Celle „Quartier Kortenumstraße“ wird gem. § 2 Abs. 1 BauGB beschlossen.

---

## 17 Mitteilungen der Verwaltung

---

### 17.1 Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen sowie Budgetverschiebungen 2023

MV/0018/24

Der Rat nimmt die o. g. Vorlage zur Kenntnis.

Der Rat nimmt die o. g. Vorlage zur Kenntnis.

-----

Am Ende des öffentlichen Teils der Sitzung führt Ratsvorsitzender Falkenhagen aus, dass heute auf kommunaler Ebene ein wichtiges Demokratiethema diskutiert worden sei. Es sei in der europäischen Kultur nicht tolerierbar, über menschenverachtende Positionen nachzudenken. Man dürfe nicht verkennen, dass Taten stets mit Gedanken beginnen. Der Rat der Stadt Celle hat sich heute eindeutig gegen derartige Gedanken ausgesprochen und gegen sie Stellung bezogen. Dafür spricht er dem Rat seinen Dank aus.

Vorsitz

\_\_\_\_\_  
Joachim Falkenhagen

Protokollführung

\_\_\_\_\_  
Michael Frede

Verwaltung

\_\_\_\_\_  
Dr. Jörg Nigge